

Motion Fraktion GB/Ja! (Rahel Ruch/ Katharina Gallizzi, GB): Swiss Prix in Bern: Transparenz sicherstellen!; Begründungsbericht zu Punkt 1

Am 27. April 2023 hat der Stadtrat Punkt 1 der folgenden Motion Fraktion GB/JA! im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Am 22. Juni 2019 dieses Jahres findet der E-Prix in Bern statt. Die ABB Formula E stand Ende 2018 weltweit in der Kritik, weil nicht nur der Saison-Auftakt in Saudi-Arabien stattfand, sondern die Organisation auch einen Zehnjahresvertrag mit dem erzkonservativen Staat abgeschlossen hat. Dafür sollen 260 Millionen Franken fliessen. Ein Artikel der Zeitung «Der Bund» vom 20. Dezember 2018 geht der Frage nach, ob saudisches Geld auch den Anlass in der Schweiz finanziert – und findet kaum Antworten.

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch auf, dass dieser Grossanlass Reputationsrisiken birgt und gerade die hohen Geldbeiträge die in und um den Anlass fliessen, Anlass zu Fragen geben. Die Stadt Bern als Austragungsort hat ein grosses Interesse daran, sicherzustellen, dass sie nicht für eine Whitewashing-Kampagne einer umstrittenen Organisation benutzt wird und die Finanzierung des Anlasses nachvollziehbar und gesichert ist. Zudem kann nur durch vollständige Transparenz sichergestellt werden, dass tatsächlich keine öffentlichen Gelder direkt oder indirekt in den kommerziellen Anlass fliessen.

Gleichzeitig hat die Öffentlichkeit auch über die Finanzierung hinaus ein Anrecht auf eine lückenlose Dokumentation des umstrittenen Anlasses. So soll sichergestellt werden, dass die angeblich zahlreichen und umfangreichen Auflagen, welche der Gemeinderat dem Veranstalter gemacht habe, eingehalten werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass in Zürich viele Auflagen nicht eingehalten wurden.

Die Motionärinnen fordern den Gemeinderat auf:

1. Den Veranstalter zu einer transparenten und öffentlichen Aufschlüsselung von Budget und Finanzierung zu verpflichten. Dies beinhaltet mindestens folgende Informationen:
 - a. Detailliertes Budget für den Gesamtanlass inklusive Vor- und Nacharbeiten
 - b. Nennung der Sponsoren und der Höhe der Beiträge
 - c. Mit Sponsoring verbundene Bedingungen, Gegenleistungen, Werbeauftritte
 - d. Stand der Zusicherung, mögliche Alternativen
2. Sicherzustellen, dass keine öffentlichen Gelder in den Anlass fliessen. Das beinhaltet mindestens folgende Massnahmen:
 - a. Transparente Darstellung der in Stadtverwaltung aufgewendeten Arbeitszeit für den Swiss E-Prix
 - b. Berichterstattung über die Verrechnung dieser Aufwände an die Organisatoren
3. Nach dem Anlass einen ausführlichen Bericht über (Nicht-)einhaltung sämtlicher Auflagen der Stadt (Ökobilanz, Lärm, Quartierverträglichkeit, Schutz der Grünanlagen) etc. zu erstellen und diesen zu veröffentlichen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Anlass findet am 22. Juni 2019 statt. Das öffentliche Interesse an einer transparenten Information vor der Durchführung ist sehr hoch und kann nur durch dringliche Behandlung sichergestellt werden.

Bern, 17. Januar 2019

Erstunterzeichnende: Rahel Ruch, Katharina Gallizzi

Mitunterzeichnende: Regula Bühlmann, Ursina Anderegg, Franziska Grossenbacher, Seraina Patzen, Leena Schmitter, Devrim Abbasoglu-Akturan, Regula Tschanz, Lea Bill, Eva Krattiger

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat Verständnis für die Forderungen der Motionärinnen und Motionäre. Heute kann der Gemeinderat lediglich noch darauf hinweisen, dass Herr Pascal Derron, CEO der damaligen Veranstalterin Swiss E-Prix Operations AG, dem Gemeinderat seinerzeit versichern konnte, dass der saudische Staat keinen Einfluss auf die Austragung der E-Prix-Rennen in der Schweiz hätte. Dem Gemeinderat wären bis zum heutigen Zeitpunkt keine Informationen über allfällige saudi-arabischen Sponsoren bekannt geworden.

Der Gemeinderat hat sein Bedauern mehrfach kundgetan, dass nach dem E-Prix Privatunternehmen – so zum Beispiel etwa das Bauunternehmen Marti AG Bern – im Zusammenhang mit der Veranstaltung einen finanziellen Schaden erlitten hat. Gleichzeitig möchte der Gemeinderat betonen, dass die Rolle der Stadt Bern die der Bewilligungsbehörde ist. So liegt es denn auch nicht in der Verantwortung der Stadt Bern, was private Firmen untereinander vereinbaren.

Zu Punkt 1:

Die Stadt Bern soll die Veranstalterin zu einer transparenten und öffentlichen Aufschlüsselung von Budget und Finanzierung verpflichten. Dazu fehlen nach wie vor die rechtlichen Grundlagen. Der Gemeinderat verfügt über kein Einsichtsrecht in die Verträge zwischen der Veranstalterin und den Sponsoren, da es sich dabei um privatwirtschaftliche Verträge handelt. Folglich kann der Gemeinderat auch keine Auskunft über die mit dem Sponsoring verbundenen Bedingungen, Gegenleistungen und Werbeauftritte machen. Auch wäre es unverhältnismässig, von allen Veranstaltenden – es sind dies in der Stadt Bern über 1 000 pro Jahr – jeweils ein detailliertes Budget für einen Gesamtanlass inklusive Vor- und Nacharbeiten zu verlangen.

Der Gemeinderat hatte mit der Veranstalterin eine Grundsatzvereinbarung ausgehandelt. In dieser wurde vereinbart, dass Werbung im öffentlichen Raum soweit möglich auf das Notwendigste zu beschränken und dezent einzusetzen ist. Da es gemäss Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 4. November 1992 über Handel und Gewerbe (HGG; BSG 930.1) verboten ist an öffentlichen Anlässen, an welchen Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren teilnehmen können, für Tabakprodukte, pflanzliche Rauchprodukte, elektronische Zigaretten und alkoholische Getränke mit mehr als 15 Volumenprozent Alkohol zu werben, wurde in der Vereinbarung ebenfalls festgehalten, dass auf Alkohol- und Tabakwerbung zu verzichten ist.

Die Einhaltung der in der Grundsatzvereinbarung geregelten Auflagen wurde von den zuständigen Behörden der Stadt Bern laufend überprüft. So wurde beispielsweise auch die Respektierung des Alkohol- und Tabakwerbeverbots kontrolliert.

Der Gemeinderat stellt fest, dass die Vorfälle im Zusammenhang mit dem E-Prix unschön waren, aber auch einen Einzelfall darstellen. Er sieht hier keinen zusätzlichen bzw. grundsätzlichen Handlungsbedarf.

Folgen für das Personal und die Finanzen

keine

Bern, 23. April 2025

Der Gemeinderat